

Regierungsstatthalterwahlen Kreis Bern

Ein Trio zur Auswahl

Die Gesamterneuerungswahlen der Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter im Kanton Bern für die Amtsperiode 2022–2025 finden am Sonntag, 13. Juni 2021 statt. In acht von zehn Wahlkreisen kommt es zu einer stillen Wahl. In Bern (3 Kandidierende) und Thun (5) haben die Stimmbürger die Qual der Wahl.



Tatjana Rothenbühler, 1971, FDP, Spiegel b. Bern
www.tatjana-rothenbuehler.ch



Ladina Kirchen, 1970, SP, Bern
www.ladinakirchen.ch



Claude Grosjean, 1975, GLP, Bern
www.claudegrosjean.ch

Welche Berührungspunkte sehen Sie zwischen dem Amt als Regierungsstatthalterin und dem vom TCS verfolgten Zweck der Sicherung der freien Wahl des Verkehrsmittels und der Wahrung einer guten Infrastruktur?

Der TCS publiziert immer wieder aufschlussreiche und für die kompetente Beurteilung von Rechtsgeschäften wichtige Berichte, sei es zu den verschiedenen Verkehrsmitteln, Infrastrukturen oder zur Verkehrssicherheit. Die technische Entwicklung ist bei der Mobilität beachtlich und verdient umfassend berücksichtigt zu werden.

Das Regierungsstatthalteramt ist zuständig für Beschwerden gegen Gemeindeentscheide. Als Regierungsstatthalter würde ich beispielsweise bei einer Beschwerde gegen Road Pricing prüfen, ob sich die Gemeinde dabei an das übergeordnete Bundesrecht hält.

Die Regierungsstatthalterin ist die Beschwerdeinstanz bei publikationspflichtigen Massnahmen im Bereich des Verkehrs. Dabei hat sie die rechtlichen Grundlagen zu berücksichtigen. In der Stadt Bern beispielsweise ist der politische Wille zu einer Reduktion der Verkehrsbelastung offensichtlich. Dies gilt es im Rahmen der rechtlichen Würdigung zu berücksichtigen.

Die Verkehrssicherheit hat für den TCS und seine Mitglieder eine hohe Bedeutung. Wie engagieren Sie sich in Fragen von Unfallprävention und Verkehrssicherheit?

Als Mitglied des Elternrates und Leiterin der Projektgruppe Verkehrssicherheit plakatierte ich jeweils zum Schulbeginn die Strassen meines Wohnortes mit den vom TCS zur Verfügung gestellten Banner, mit denen die Verkehrsteilnehmer auf den Schulanfang aufmerksam gemacht wurden. Ich organisierte in Zusammenarbeit mit der Polizei Strassenaktionen, bei denen wir einerseits die Verkehrsteilnehmer über die Wahrnehmung und das Verhalten insbesondere der jüngsten Kinder im Strassenverkehr sensibilisierten und andererseits die Schulkinder

Unfallprävention und Verkehrssicherheit sind wichtige Anliegen. Als Regierungsstatthalter würde ich beispielsweise keine Reklameflächen im Strassenraum bewilligen, die von der Strasse ablenken oder die Sicht behindern.

Ich unterstütze Massnahmen, welche die Verkehrssicherheit verbessern können, weil diese auch für mich als Privatperson eine hohe Bedeutung hat. Ich habe zwei schulpflichtige Kinder, die mit dem Fahrrad zur Schule über eine 60er-Strasse müssen. So engagiere ich mich u.a. privat im Leist meiner Gemeinde auch für die Sicherung und Steigerung der Schulwegsicherheit.

Eine Frage zur persönlichen Mobilität: Lassen Sie sich lieber fahren (ÖV) oder fahren Sie lieber selber (MIV)? Hat sich Ihre Präferenz in der Covid-Krise verschoben?

auf die Helmtragepflicht im Verkehr hinwiesen. Überdies vertrat ich den Elternrat beim Runden Tisch mit der Kantonspolizei, wo die Sicherheit der Kinder immer wieder ein Thema war. Um mein berufliches, privates, politisches und gesellschaftliches Engagement unter einen Hut zu bringen, fahre ich oft selber. Ausserdem vermeide ich so, meine 88-jährige Schwiegermutter keinem zusätzlichen Risiko aussetzen. Eine gute verkehrstechnische Erschliessung ist für die Wirtschaft, das Gewerbe und die Bevölkerung von hoher Bedeutung. Dabei sind die Verkehrsmittel nicht gegeneinander auszuspielen, sondern optimal zu kombinieren.

Um mein berufliches, privates, politisches und gesellschaftliches Engagement zeitlich unter einen Hut bringen zu können, fahre ich oft selber. Kommt hinzu, dass ich seit Ausbruch der Corona-Pandemie darauf achten muss, dass wir meine 88-jährige Schwiegermutter, die mit meiner Familie im gleichen Haushalt (Drei-Generationen-Haus) lebt und zur Risikogruppe zählt, nicht zusätzlichen Risiken aussetzen möchten.

Regierungsstatthalter entscheiden erstinstanzlich über Beschwerden im Verkehrsrecht. Sehen Sie bei Parkplatzaufhebungen und T30-Strassen und -zonen Interpretationsspielraum?

Eine gute verkehrstechnische Erschliessung ist für die Wirtschaft, das lokale Gewerbe aber auch für die Bevölkerung von hoher Bedeutung. Dabei sind die verkehrspolitischen Ziele und Verkehrsmittel nicht gegeneinander auszuspielen, sondern optimal zu kombinieren. Ich wünschte mir, dass dabei auch die technischen Entwicklungen wie Flüsterbeläge berücksichtigt werden. Die Beteiligten haben ein Recht angehört zu werden und mitwirken zu dürfen. Die Geschäfte sind entsprechend zu terminieren.

Regierungsstatthalter bilden die Vertretung der Kantonsregierung im Verwaltungskreis. Sie sind mit der Beaufsichtigung der Gemeinden beauftragt. Sie entscheiden erstinstanzlich in diversen Aufgabenbereichen über Beschwerden, namentlich im Erbschaftswesen, im Gastgewerbe oder in Baubewilligungsverfahren. Zu letzteren gehören insbesondere auch Verfahren im Bereich des Verkehrs, z.B. T30-Zonen oder die Aufhebung von Parkplätzen.

Sowohl als auch: Wenn ich von A nach B will, haben bei mir das Velo und der ÖV Priorität. Seit der Covid-Krise habe ich das Velo noch häufiger benutzt. Bei einer gelegentlichen Schönwetterfahrt mit dem Oldtimer geniesse ich das Selbstfahren aber sehr.

Ich lasse mich definitiv lieber fahren. Und die Präferenz während der Covid-Krise hat sich tatsächlich verschoben, vom Fahrenlassen zum selber Fahrrad fahren.

Als Beschwerdeinstanz muss der Regierungsstatthalter – wie die Gerichte auch – politisch neutral sein, sonst verliert er das Vertrauen der Bevölkerung. Gegenüber den anderen Kandidierenden habe ich den Vorteil, dass ich weder der städtischen Rot-Grünen-Mehrheit noch der kantonalen bürgerlichen Mehrheit angehöre.

Tempo 30-Zonen werden in vielen Städten und Gemeinden eingeführt. Sie haben den Status eines politisch umstrittenen Instruments hinter sich gelassen und werden eingesetzt um die Verkehrssicherheit und den Lärmschutz zu erhöhen. Zudem wird auf Bundesebene vorgeschrieben, dass zur Strassenlärmsanierung Temporeduktionen geprüft werden müssen. Bezüglich Parkplatzaufhebungen gibt es ähnliche Entwicklungen. Dafür bestehen bereits heute Lösungen wie beispielsweise Park & Ride-Angebote.